



Die sachliche Berechtigung und der politische Nutzen von Nazi-Vergleichen im Fall von Trumps Amerika sind mehr als nur fraglich.

JONATHAN ERNST / REUTERS

Schluss mit Nazi-Vergleichen

Wie man Rechtspopulisten unfreiwillig stark macht. Von Caspar Hirschi

Geschicht historisch Unerhörtes, gewinnt die Geschichte an Relevanz. Die Wahl von Donald Trump hat das Denken in historischen Analogien beflügelt, nur dient die Vergangenheit weniger als Wissensfundus für vertiefte Analysen denn als Waffenschmiede für politische Polemik. Entsprechend wird heute eine Analogie besonders eifrig bemüht: der Nazi-Vergleich.

Seit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen vergeht kaum ein Tag, an dem die neusten Abenteuerlichkeiten, die sich Trump leistet, nicht in Bezug zum Ende der Weimarer Republik und zum Anfang des «Dritten Reiches» gebracht werden. Journalisten vergleichen Trumps Tiraden gegen die «fake media» mit Hitlers Gleichschaltung der Presse, Politiker den Einreisestopp für Bürger aus sieben muslimischen Ländern mit der Judenverfolgung, und sogar Historiker ziehen Parallelen zwischen der Normalisierung Trumps heute und der Verharmlosung Hitlers vor 1939.

Die Analogie von Washington mit Weimar hat in den westlichen Mainstream-Medien nur wenig Widerspruch hervorgerufen, ganz im Gegensatz zu Recep Erdoğan's Vergleichen der deutschen und der niederländischen Regierung mit dem Nazi-Regime. Angesichts der Absurdität von Erdoğan's Behauptungen steht nun aber die Frage nach der sachlichen Berechtigung und dem politischen Nutzen von Nazi-Vergleichen im Fall von Trumps Amerika umso mehr im Raum.

Szenarien für die Demokratie

Beginnen wir mit der sachlichen Berechtigung: Sie funktioniert nur so lange, wie man sie ahistorisch zieht, das heisst die Ereignisse von 1933 und heute ohne ihre jeweilige Vorgeschichte betrachtet. Auf diese Weise kann man ausblenden, dass die Weimarer Republik nicht einmal fünfzehn Jahre alt war, als Hitler an die Macht kam, dass die parlamentarische Demokratie über die ganze Zeit ihres Bestehens von einem grossen, weit über den Kreis der Nationalsozialisten hinausreichenden Teil der politischen, der

intellektuellen und der wirtschaftlichen Elite abgelehnt wurde und dass in ihr eine Generation von Männern die Politik zu dominieren begann, die durch die Erfahrung eines verlorenen Weltkriegs brutalisiert und radikalisiert worden war.

Sieht man Amerika heute in einer ähnlichen Situation wie Deutschland 1933, so müsste man sich zum Zukunftsszenario des höchsten Horrors auch folgendes Vergangenheitszenario ausmalen: Die amerikanische Demokratie entstand erst 2002 als Folge eines katastrophalen Kriegsausgangs, und bis heute wollen sie zahlreiche Politiker und Richter, Professoren und Journalisten gleich wieder abschaffen, weil sie in ihren Augen eine zum amerikanischen Volkskörper unpassende Staatsform darstellt.

Sollte dieses Vergangenheitszenario für die älteste Demokratie der Welt realitätsfern wirken, dürfte es auch mit dem Zukunftsszenario nicht weit her sein. Es gibt auch kein plausibles Prozedere, wie der amerikanische Präsident die Institutionen der Gewaltenteilung und des Rechtsstaates einfach aushebeln könnte, geschweige denn, wie die Träger dieser Institutionen ihre demokratischen Funktionen widerstandslos preisgeben sollten.

Trump – Massenmörder in spe?

Noch problematischer ist der Vergleich auf der individuellen Ebene: Unter allen Ungeheuerlichkeiten, die Trump vor und nach der Wahl von sich gegeben hat, lässt sich keine Aussage finden, die auch nur ansatzweise Hitlers öffentlichen Verlautbarungen über die Juden vor seiner Ernennung zum Reichskanzler 1933 entsprechen würde. Zur Erinnerung: Hitler hatte bereits 1919 als «letztes Ziel» seines Antisemitismus «die Entfernung der Juden» ausgegeben und ein Jahr später verkündet, die Nationalsozialisten beseele in der Judenpolitik «die unerbittliche Entschlossenheit, das Übel an der Wurzel zu packen und mit Stumpf und Stiel auszurotten». Manche seiner engsten Gefolgsleute wurden in den Jahren darauf noch konkreter, so dass der Beginn der Judenverfolgung nach 1933 alles andere als aus heiterem Himmel kam.

Wer Trump aufgrund seiner Äusserungen gegenüber Schwarzen und Mexikanern oder seiner Ankündigungen, illegale Immigranten zur Ausreise zu zwingen oder muslimische Ausländer an der Einreise zu hindern, in die Nähe Hitlers rückt, tut einem Rassisten, Chauvinisten und notorischen Lügner Unrecht. Auch Populisten sollte man nur für Dinge vorverurteilen, die sie tatsächlich ankündigt haben. Trump ist ein gefährlicher Politiker, aber als Massenmörder in spe hat er sich in den siebzig Jahren seines Lebens nie geoutet.

Täter zu Opfern machen

Steht der Vergleich von Washington mit Weimar sachlich auf tönernen Füßen, ist er dann wenigstens politisch wirksam? Er zwingt Rechtspopulisten dazu, sich von Neonazis zu distanzieren. Allerdings macht sie das nicht unbedingt schwächer. Für frustrierte Bürger links des rechten Rands werden sie damit leichter wählbar. Zugleich geben Nazi-Vergleiche Populisten die Gelegenheit, sich als Verleumdungsoffer zu inszenieren oder ihrerseits mit Nazi-Vergleichen zu operieren – wie es Trump getan hat, als er auf Twitter die von den Geheimdiensten durchgestochenen Gerüchte über Pinkelorgien in Moskau mit der Frage quittierte: «Are we living in Nazi Germany?»

Trumps Reaktion entspricht der populistischen Kommunikationsstrategie, durch verbale Grenzüberschreitungen Gegenpolemik zu provozieren, um auf diese anschliessend, wenn möglich unter Übernahme ihrer Sprache und Argumente, erneut zu replizieren. Auf diese Weise kann man Gegner, die im Modus der moralischen Entrüstung operieren, leicht auf das eigene Niveau hinunterziehen. Die Strategie funktioniert mit dem Nazi-Stigma ebenso gut wie mit dem Fake-News-Schlagwort, das Trump vom Kampfbegriff gegen rechtspopulistische Websites in eine Nebelpetarde gegen «Mainstream»-Medien umgedreht hat, um den Unterschied zwischen einer «New York Times» und «Breitbart News» einzuebnen.

Der Nazi-Vergleich ist damit Bestandteil einer Polarisierungsspirale, in deren Verlauf die Entrüstung über verbale Entgleisungen die Debatte über politische Entscheidungen zusehends verdrängt. Diese Entwicklung ist ganz nach dem Geschmack der Rechtspopulisten. Entrüstung ist für sie der Applaus, den sie suchen, um demokratische Aushandlungsprozesse mit einer Kultur der Kompromisslosigkeit auszuhöhlen. Wenn wir den demokratischen Pluralismus verteidigen wollen, müssen wir die Rechtspopulisten mit Waffen bekämpfen, die sie nicht so leicht gegen uns wenden können.

Ebenso sollten wir uns davor hüten, die staatlichen Institutionen mit Zukunftsszenarien, die wir aus falschen historischen Analogien gewonnen haben, schwachzureden. Wenn wir es für realistisch halten, dass Präsident Trump die älteste, mächtigste und stabilste Demokratie der Welt in ein paar Nacht-und-Nebel-Aktionen aus den Angeln hebt, dann teilen wir mit den Rechtspopulisten mehr, als uns lieb ist: Wir lassen uns von einem fundamentalen Misstrauen in die Funktionsfähigkeit und die Stabilität des demokratischen Rechtsstaates leiten.

Welche Geschichte relevant ist

Gibt es denn andere historische Analogien, mit denen sich der Aufstieg des Rechtspopulismus besser erklären lässt? Es gäbe manche, und sie werden auch bemüht, von der Spätzeit der Römischen Republik bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs. Allerdings hat keine Analogie die Erklärungskraft einer kritischen Auseinandersetzung mit jener Vergangenheit, die den heutigen Populismus hervorgebracht hat. Wir können den Sumpf, auf dem der Rechtspopulismus blüht, nur austrocknen, wenn wir aufhören, seine Protagonisten zu diabolisieren, und stattdessen über die Probleme debattieren, denen er seinen Aufstieg verdankt. Diese Auseinandersetzung steht erst am Anfang.

—
Caspar Hirschi ist Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen.

Die Türkei, ein brennendes Haus

Essays von Asli Erdogan

ANGELA SCHADER

Dafür also Gefängnis. Anklage wegen staatsgefährdender Umtriebe. Antrag auf lebenslange Haft. Nun halten wir sie in der Hand, eine Auswahl der Essays und Kolumnen, die Asli Erdogan für die prokurdische Tageszeitung «Özgür Gündem» verfasste. Im August 2016 wurde sie um dieser Texte willen inhaftiert und mehr als vier Monate festgehalten; die NZZ hat regelmässig darüber berichtet. Die Anklage gegen die gesundheitlich angeschlagene türkische Schriftstellerin ist nach wie vor pendent.

Ein Spiegelbild

Wer der feinnervigen, gequälten, von der eigenen Intensität stets bedrohten Autorin je begegnet ist, wird in diesen Texten ihr Spiegelbild finden. Sie sind nah am eigenen Erleben, in einigen Fällen auch zu nah. Das ist wohl der Einsamkeit geschuldet, die man als Asli Erdogans Wesensgrund erkennen lernt. Sie zerren ans Licht, was man in der Türkei so gern bedeckt sähe: den Genozid an den Armeniern; den Kurdenkonflikt, der im Herbst 2015 mit der Militäroffensive im Südosten der Türkei blutig eskalierte; Gewalt gegen Frauen; das rabiate Durchgreifen bei jeder Widerrede gegen die Regierungspolitik. Und sie fusionieren, in einem für den Zeitungskontext ungewöhnlichen Mass, literarische mit sachbezogener Diktion.

In einigen Beiträgen bleibt die Schriftstellerin ganz bei sich, etwa in «Über die Nacht», wo eine düstere Meditation über das Schreiben unvermittelt in ein Nachtbild von phantastischer, makaber-magischer Schönheit mündet. «In einem brennenden Gebäude», einer der stärksten Texte im Band, übersetzt die akute Gefährdung der immer tiefer in Autoritarismus und unbewältigten Konflikten versinkenden Türkei in eine konsistent durchgeformte Metapher. Noch in einem eher reportagehaften Eintrag kann unvermittelt eine vollendet gefasste Landschaftsschilderung aufscheinen, und zahlreiche Kolumnen eröffnen mit einer schriftstellerischen Selbstreflexion.

Immer auf der Suche

«Unüberschaubare Mengen von leerem, weissem Papier. Nüchtern, langweilig, öde. Einsam, obskur, hallend wie verlassene Tempel. Erbärmliche, verstaubte Phantasien, ineinander verschwimmende Bilder, herrenlose Schatten, unvollständige Sätze . . . Lage für Lage, Schicht für Schicht angehäuften, zu Sediment gewordenen Weiss, das alle Blicke schluckt und sich einverleibt.» So kann sich Asli Erdogan an ein Thema herantasten, das dann – öfter elliptisch, in Momentaufnahmen, Assoziationen, Reflexionen – eingekreist wird. Trotz den Anmerkungen und der sorgfältigen, von Cem Özdemir verfassten Einführung ist die Orientierung in solchen Texten für hiesige Leser manchmal nicht ganz einfach; auch hätte man es begrusst, wenn bei den von versierten Übersetzerinnen und Übersetzern übertragenen Kolumnen jeweils das Erscheinungsdatum vermerkt gewesen wäre.

Nicht nur die zahlreichen wie Beschwörungen anmutenden Exkurse über den Schreibakt zeugen vom oft qualvollen Ringen um Sprache: In zwei Kolumnen sieht sich die erschöpfte Schriftstellerin nurmehr in der Lage, auf früher verfasstes Material zurückzugreifen und dieses zu einer losen Collage zu fügen. «Vielleicht», schreibt Asli Erdogan einmal, «kann ich es schaffen, auf der Suche nach einem Wort ans Ende meines Lebens zu gelangen, oder vielleicht wache ich unverhofft aus meinem letzten Tagtraum auf, an den ich mich nicht mehr werde erinnern können, und stürze und bleibe liegen ohne einen Laut.»

Asli Erdogan: Nicht einmal das Schweigen gehört uns noch. Essays. Mit einer Einführung von Cem Özdemir. Aus dem Türkischen von Sabine Adatepe, Sebnem Bahadır, Angelika Gilitz-Acar, Angelika Hoch-Hettmann, Oliver Kontry, Gerhard Meier. Knaus-Verlag, München 2017. 192 S., Fr. 26.90.